

Wie die Bundesregierung mit Unsinnszahlen gegen die Landwirtschaft kämpft

Welt, 13.11.2024, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/wissenschaft/plus254495678/Pestizide-Wie-die-Bundesregierung-gegen-Pflanzenschutzmittel-kaempft.html>

Mit ihrem abenteuerlichen Vorgehen gegen Pflanzenschutzmittel gefährde die Bundesregierung Ernte in aller Welt, mahnen Experten. Politiker hörten auf Aktivisten statt auf Wissenschaft – Landwirte und Unternehmen schlagen Alarm.

Eine unsinnige Zahl, mit der seit Jahren Politik gemacht wird, sollte Grundlage für eine Experten-Anhörung am Mittwoch im Bundestag sein. 385 Millionen Menschen weltweit würden jedes Jahr Vergiftungen durch Pflanzenschutzmittel erleiden, hieß es unter Berufung auf eine Studie, die vor vier Jahren im Fachmagazin „BMC Public Health“ erschienen war.

Medien in aller Welt hatten die Warnung in großen Schlagzeilen verbreitet. Bis vor wenigen Tagen nannte die Ankündigung der Bundestagsanhörung ebenfalls die Zahl.

Doch kurz vor dem Termin verschwand sie aus der Bekanntmachung. *Denn „BMC Public Health“ hatte die Studie nach jahrelangen Protesten von Wissenschaftlern Anfang Oktober 2024 zurückgezogen, denn die gigantische Zahl an Vergiftungen war eine Ente.*

Aktivistische Autoren

Vier Vertreter des „Pestizide Action Network“ (PAN), das gegen Pflanzenschutzmittel kämpft, hatten als Autoren die betreffende Studie in das Fachjournal lanciert – und ihr Ziel erreicht: Die angeblich 385 Millionen Vergiftungen jährlich finden sich in Dokumenten der EU, der UN, der Weltgesundheitsorganisation, in Hunderten Medien und in Studien, ohne dort nun dementiert zu werden.

Dabei hatte es unentwegt Kritik an der Arbeit gegeben. Zehn Monate nach der Publikation veröffentlichte „BMC Public Health“ einen kritischen Kommentar dreier Experten. Sie wiesen neben anderen Schwachpunkten darauf hin, dass sich die Studie im Wesentlichen auf Selbstdiagnosen stützte und man die Anzahl neuer Krankheitsfälle mit der Gesamtzahl der Kranken verwechselt hatte, sowie mit unklaren Definitionen und Hochrechnungen operierte.

Als „BMC Public Health“ die Autoren schließlich darüber informierte, die Studie zurückziehen zu wollen, schalteten die PAN-Aktivisten einen Anwalt ein. Doch „BMC Public Health“ ließ sich nicht einschüchtern. „Die Redaktion hat kein Vertrauen mehr in die vorgelegten Ergebnisse und Schlussfolgerungen“, teilte sie am 9. Oktober mit.

Der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Veranstalter der Anhörung im Bundestag am Mittwoch – ließ die Zahl kleinlaut verschwinden. Fünf Tage vor der Anhörung, am 8. November, verschickte sie die Ankündigung erneut, „mit einer kleinen Änderung“ und einer korrigierten „Quellenangabe“. Genaue Betrachtung ergab: Die Behauptung von den 385 Millionen Vergifteten war gestrichen worden.

Unter Experten wird die Posse mit Befremden diskutiert. Warum berief sich der Bundestagsausschuss auf jene Zahl, die unter Wissenschaftlern längst durchgefallen war? Die Verwirrung war groß, denn erst vor Kurzem hatte es einen ähnlichen Fall gegeben: Aktivisten hatten mit der falschen Zahl von angeblich 200.000 Toten durch Pestizidvergiftungen Furore gemacht.

Nach ihrer Kampagne musste die verantwortliche Organisation Foodwatch jedoch eingestehen, dass die Zahl aus der Luft gegriffen war. Die Angabe basierte auf einem Gedankenexperiment von 1985, in dem man eine Statistik aus Sri Lanka von 1982 auf die ganze Welt hochgerechnet, aber außer Acht gelassen hatte, dass drei Viertel der gezählten Toten in Sri Lanka durch Suizide mit Pflanzenschutzmitteln zustande kamen und nur ein Viertel auf unsachgemäßen Umgang zurückzuführen war.

Die Übertreibungen sind nur die schillernden Spitzen des zweifelhaften Kampfes von Aktivisten und Politikern gegen Pflanzenschutzmittel. Der zeitige Erfolg, auch weil Umweltverbände die Regierung mit Klagen unter Druck setzen, die Verbote von Pflanzenschutzmitteln bewirken sollen: Die Bundesregierung hat auf Betreiben der Grünen im Koalitionsvertrag vereinbart, den Export von „bestimmten Pestiziden“ zu untersagen.

Grundsätzlich sind alle Pflanzenschutzmittel auf irgendeine Weise für bestimmte Organismen giftig, sonst wären sie nicht wirksam. Die Inhaltsstoffe sollen Obst, Gemüse und Getreide vor Schädlingsbefall schützen. Doch die Dosis macht das Gift: Relevant ist die Menge, mit der Menschen in Kontakt kommen.

Untersuchungen offenbarten Pestizidrückstände auf Gemüse, im Urin und in Haaren. Ob aber ein Gesundheitsrisiko besteht, entscheidet einerseits die Wirkungsweise, andererseits die Menge an Pestiziden, mit denen Menschen akut oder langfristig in Kontakt kommen. Zum Beispiel durch den Verzehr von Nahrungsmitteln – entsprechend werden verschiedene Grenzwerte bestimmt.

Aus Versuchen an Ratten, in denen die Tiere lebenslang unterschiedlichen Mengen Pestiziden ausgesetzt werden, ergeben sich Ausgangspunkte. Vereinfacht erklärt: Die niedrigste Dosis, die keinerlei schädliche Effekte zeigt, wird durch 100 geteilt, um einen Grenzwert für Menschen zu erhalten. Die erlaubte Tagesdosis gilt bei lebenslanger täglicher Einnahme als medizinisch unbedenklich.

Bürokratie blockiert Export

Hersteller beklagen ein im weltweiten Vergleich „konservatives Zulassungsregime“ in Deutschland und in der EU, was die Wirksamkeit der erlaubten Mittel und deren Konkurrenzfähigkeit mindere. „Europa schaut nur noch aufs Risiko, nicht mehr auf den Nutzen“, sagt ein Wissenschaftler einer großen deutschen Chemiefirma WELT.

Schwerer noch wiege, dass Exporte von Pflanzenschutzmitteln behindert würden, beschwerten sich Unternehmen in Deutschland. Substanzen, die in der EU nicht benötigt werden, brauchen eine Sondergenehmigung, um exportiert werden zu dürfen. Doch Anträge würden nicht bearbeitet, beklagen Vertreter mehrerer Firmen gegenüber WELT. Produkte lägen auf Lager, aber könnten nicht geliefert werden.

In den Unternehmen kursiert der Verdacht, politisch motivierter Behinderung, auch weil Staatssekretäre in den zuständigen Ministerien für Landwirtschaft und Entwicklungshilfe aus Umweltverbänden stammen und eine Agenda der „Bio-Landwirtschaft“ verfolgen. Mitarbeiter der Branche vermuten, dass es ähnlich laufen könnte wie mit der Grünen Gentechnik oder der Atomendlager-Suche in Deutschland: Genehmigungsverfahren wurden systematisch in die Länge gezogen, um die Technologien zu vergraulen.

Die Bundesregierung will sogenannte Bio-Pflanzenschutzmittel fördern, die biologisch abbaubar sein sollen, was aber die Wirksamkeit senkt oder infrage stellt. „Wir bekommen die nicht in den Markt“, erzählt ein Leiter für Produktzulassungen.

Mittlerweile könne die Nachfrage nach Pflanzenschutzmitteln aus dem Ausland nicht mehr bedient werden, beispielsweise aus der Ukraine und der Türkei. Unternehmen außerhalb der EU gewöhnen Marktanteile. Unternehmen würden prüfen, ihre Produktion ins Ausland zu verlegen. Bayer produziert bereits in hohem Maße in Brasilien Pflanzenschutzmittel, die in Europa keine Zulassung haben.

Auch Landwirte berichten von Problemen: Der Anbau von Erdbeeren, Spargel, Pflaumen und Kirschen in Europa sei reduziert worden, weil Schädlinge an den Kulturen ungenügend bekämpft werden können.

Drei Aktivisten – zwei Sachverständige

Zur Anhörung im Bundestag am Mittwoch hatten SPD und Grüne drei Vertreter von Aktivisten-Netzwerken eingeladen, die gegen Pflanzenschutzmittel kämpfen. Darunter auch einen jener Autoren, welche die zurückgezogene Studie verfasst hatten. CDU und FDP hatten einen Sachverständigen der Industrie und einen aus der Wissenschaft hinzugeholt.

Der eingeladene Agrar-Ökonom Harald von Witzke von der Humboldt-Universität zu Berlin wies in seiner Stellungnahme auf den rasch wachsenden Bedarf der Welt nach Nahrung hin. Dieser könne entweder gedeckt werden, indem man Agrarflächen ausdehne, oder dadurch, dass auf den vorhandenen Flächen die Erträge gesteigert würden.

Die produktivsten Flächen befänden sich bereits in der Agrarnutzung. Fruchtbare Böden in Regenwäldern sollten geschützt bleiben. Der Boden müsse folglich produktiver genutzt werden. „Die Landwirtschaft der Welt muss immer mehr Nahrung auf immer weniger Fläche je Person produzieren“, erklärt der Wissenschaftler.

Das Problem könnte verringert werden, indem auch wohlhabende Länder mehr produzierten und exportierten – „und nicht weniger, wie das gegenwärtige Dogma der EU Agrarpolitik lautet“, meint Harald von Witzke. „Für die EU wäre schon viel gewonnen, wenn sie aufhören würde, eine der größten Nettoimporteurinnen im Agrarbereich zu sein“. Durch ihren „Green Deal“ würde die EU auch für Weizen zur Nettoimporteurin werden, was sie bislang noch in bedeutenden Mengen exportiert.

Die Produktion gerade in den armen Ländern ließe sich durch Verringerung von Ernteverlusten steigern. Dort würden Krankheiten und Schädlinge bis zu 50 Prozent der potenziellen Ernte vernichten. Die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmittel sei deshalb lebenswichtig.

Eine Expertise, die kaum für Schlagzeilen sorgen dürfte – im Gegensatz zu schillernden Unsinnzahlen.